



Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

TTIP- und CETA-Leaks ermöglichen öffentliche Auseinandersetzung mit transatlantischen Geheimabkommen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/55**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien - **Drs. 7/407**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Punkt 3 wird wie folgt geändert:

„3. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Handelsabkommens CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) im Bundesrat abzulehnen.“

Begründung

Das Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada ist schlussverhandelt. Das Wallonische Regionalparlament hat CETA jedoch unlängst abgelehnt und damit fehlt Belgiens Zustimmung für die EU-Seite. Auf dem geplanten EU-Kanada-Gipfel am 27. Oktober 2016 kann der Vertrag somit nicht unterzeichnet werden. Jetzt besteht die Chance, dieses Abkommen, das wie die Handelsabkommen TTIP und TiSA die weithin abgelehnten Klagerechte und Investorenschutzrechte gegen Staaten und deren Gesetzgebung enthält, abzulehnen. CETA erfüllt wie TTIP und TiSA nicht die unter Punkt 1 der Beschlussempfehlung (Drs. 7/407) genannten notwendigen Bedingungen.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 26.10.2016)